

Antragsteller:in: GRÜNE JUGEND Saar (auf dem Parteitag vertreten durch Marlene Schädler, Jeanne Dillschneider, Santino Klos und Julian Bonenberger)

Antragstitel: Politische Bildung im Saarland stärken und Defizite der Vergangenheit beheben

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen:

„Seit vielen Jahren kann man an der Universität des Saarlandes keine Politikwissenschaften studieren. Die Fakultät wurde komplett abgeschafft. Nicht nur im Sinne einer funktionierenden Volluniversität werden Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität des Saarlandes schmerzlich vermisst.

Im ganzen Saarland existieren darüber hinaus für die praktische Ausbildung von Lehrkräften nur zwei Fachleiter*innen. Noch viel wichtiger für die Schüler*innen ist, dass an saarländischen Gymnasien das Fach Sozialkunde bzw. Politik erst ab Klasse neun, statt in Klasse acht, unterrichtet wird. Somit ergeben sich für das zweistündige Fach nur zwei verbindliche Schuljahre. Durch die Verpflichtung Geschichte mindestens zweistündig in der Oberstufe zu wählen, erfährt das Fach Politik, aber auch natürlich das Fach Erdkunde, eine weitere Abwertung. An Gemeinschaftsschulen gibt es zwar bereits demokratiebildende Inhalte ab Klasse 5 im Lehrplan des Faches Gesellschaftswissenschaften, die reale Umsetzung dieser Inhalte hängt aber stark von der Lehrperson und ihrer Fächerkombination ab. Die Kontrolle und eine Garantie, dass dies geschieht, ist also nicht gegeben. Die wenigen, ausgebildeten Lehrkräfte werden dann auch hauptsächlich im Fach Politik eingesetzt. Es kommt aber auch vor, dass das Fach Sozialkunde/Politik fachfremd in Klasse neun unterrichtet wird, um Lehrpersonal einzusparen.

Wir prangern an: Die demokratische und politische Bildung im Saarland wurde sukzessiv abgebaut, obwohl *laut § 1 des Schuldordnungsgesetzes (SchoG) die Hauptaufgabe der Schulen im Saarland darin besteht, die Schüler*innen "zur Übernahme der sozialen und politischen Aufgaben von Bürgerinnen und Bürgern im freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat und zur Mitwirkung an der Gestaltung der Gesellschaft im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu befähigen und sie zu der verpflichtenden Idee des friedlichen Zusammenlebens der Völker hinzuführen."*

Um diese Maxime des saarländischen Bildungssystems wieder zu erfüllen, müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört auch, dass auch innerhalb der Schule Demokratie gelebt wird und die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten gezielter beworben, effektiver gestaltet und engagierter unterstützt werden, sodass mehr Kinder und Jugendliche selbst demokratisch handeln können. Das könnte beispielsweise durch die Einführung von Klassenräten (auch in der Studentafel) angeschoben werden. Wir als GRÜNE JUGEND Saar treten dafür ein, die demokratische und politische Bildung im Saarland nachhaltig zu stärken und stetig zu optimieren.

Darüber hinaus nehmen extremistische und vor allem rechtsextremistische Tendenzen sowie die Verbreitung von Verschwörungstheorien zu. Damit Menschen gar nicht erst zu extremistischen Meinungen, die der Demokratie schaden, finden oder sich selbst gar völlig radikalieren ist eine präventive Vorgehensweise von Nöten. Denn: Wer sich selbst radikalisiert und sich von der Demokratie abwendet, ist, wenn überhaupt möglich, nur schwer wieder für unser demokratisches System zu begeistern. Deshalb muss eine Sensibilisierung über Gefahren für die Demokratie fundiert und umfassend erfolgen.

Somit fordern wir folgendes:

- Wiedereinführung des Studiengangs der Politikwissenschaften auf Lehramt, als Bachelor- und Masterstudiengang
- Wiedereinführung des Politikunterrichts an Gymnasien ab Klassenstufe
- Obligatorische Umsetzung von demokratiebildenden Inhalten im Fach Gesellschaftswissenschaften an Gemeinschaftsschulen
- Mehr feste Einstellungen von Politiklehrer*innen
- Stärkung der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schüler*innen

„

Begründung:

Erfolgt mündlich

Der Antrag wurde auf der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Saar am 26. September 2020 in Neunkirchen zur beschlussfassenden Abstimmung an den erweiterten Landesvorstand weitergegeben.

Beschlossen auf der erweiterten Landesvorstandssitzung, die am 24.10.2020 digital stattfand.